



Am Montag im Kantonsrat

Zürich, 9. Juni 2023

Vorschau auf die Kantonsratssitzung vom Montag, 12. Juni 2023

Fokusthema: **Bauen**

Der Zürcher Kantonsrat wird am Montag nach der Abschreibung von drei Postulaten über die Genehmigung der Energiestrategie diskutieren. Nach der Abschreibung eines weiteren Postulats steht eine Diskussion über den Zürichsee-Uferweg an. Sollte der Kantonsrat danach noch dazu kommen, wird er eine PI zur Energieversorgung in Gemeinden und Vorstösse behandeln, welche die Baudirektion betreffen.

Abschreibung von Postulaten zu Forstwirtschaft und Foodwaste

Keine langen Debatten dürften die Abschreibungen von drei Postulaten auslösen. Ein Postulat als erledigt abzuschreiben, bildet den finalen Akt auf der Reise dieser Vorstossart. Der Kantonsrat nimmt damit den mit dem Postulat vom Regierungsrat geforderten Bericht zur Kenntnis. Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) beantragt denn auch einstimmig die Abschreibung folgender Postulate: «Abgeltung gemeinwirtschaftlicher Leistungen der Forstwirtschaft» des verstorbenen SP-Kantonsrates Ruedi Lais ([KR-Nr. 6/2018](#)) sowie die beiden Postulate von Grünen-Altkantonsrätin Kathy Steiner betreffend «Foodwaste verringern I» ([KR-Nr. 185/2019](#)) und «Foodwaste verringern II» ([5740](#)).

Vormaliger WAK-Präsident: Beat Bloch (CSP, Zürich), 079 891 95 05

Umstrittene Energiestrategie

Eine längere Diskussion ist zur Energiestrategie 2022 zu erwarten. Die Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU) beantragt mit 8 zu 7 Stimmen, diese zu genehmigen und die Energieplanung 2022 zur Kenntnis zu nehmen ([5844](#)). Für die Mehrheit der Kommission zeigt die Energiestrategie 2022 im Hinblick auf die drängenden Probleme bei der Energieversorgung und beim Klimawandel in die richtige Richtung. Ein Teil der Mehrheit hätte sich allerdings klare Etappenziele zur Erreichung der langfristigen Ziele gewünscht und vermisst das für die Zukunft sehr wichtige Thema der Energiespeicherung. Sie setzt darauf, dass die Regierung diese Themen für die nächste Energiestrategie aufarbeiten wird. Die Minderheit aus FDP, SVP und Mitte lehnt die Energiestrategie ab und hat ihre Forderungen in einen Rückweisungsantrag gefasst. Die Struktur der Strategie sei zu schärfen. Es seien die Potenziale sämtlicher Energieträger aufzuzeigen und Zielvorgaben und Massnahmen dazu auszuarbeiten. Für Speichermöglichkeiten von Strom und Wärme sei eine Strategie samt Massnahmenplanung zu entwickeln und der Kanton Zürich solle überdies eine umfassende Verteil- und Netzstrategie erarbeiten.

KEVU-Präsident: Andreas Hasler (GLP, Illnau-Effretikon) 079 385 51 84

Minderheit: Ann Barbara Franzen (FDP, Niederweningen), 079 946 52 15

Power-to-X-Demonstratoranlagen bereits an zwei Standorten im Kanton

Rasch behandelt werden dürfte der Vorstoss von SVP-Kantonsrat Lorenz Habicher betreffend «Standortfindung für Power-to-X (Elektrische Energie zu Wasserstoff oder Gas) Demonstrator Anlage im Kanton Zürich». Die Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, das Postulat als erledigt abzuschreiben ([5783](#)). Mit dem Vorstoss wurde gefordert, dass im nächsten Energieplanungsbericht mindestens ein geeigneter Standort für eine Power-to-X-Demonstratoranlage im Kanton vorzuschlagen sei. Die Regierung zeigte im Postulatsbericht auf, dass es im Kanton Zürich bereits zwei solche Anlagen gibt. Einerseits betreibt die EMPA in Dübendorf den «Energy Hub Demonstrator», andererseits betreibt die KVA Limeco in Dietikon eine Power-to-Gas-Anlage. Das Postulat ist damit materiell erfüllt.

KEVU-Präsident: Andreas Hasler (GLP, Illnau-Effretikon) 079 385 51 84

Befriedigender Ergänzungsbericht zum Postulat zur Zürichsee-Uferwegplanung

Erfahrungsgemäss für viel Gesprächsstoff sorgen im Kantonsrat Vorstösse zur Zürichsee-Uferwegplanung. Am Montag wird es diesbezüglich um einen Ergänzungsbericht des Regierungsrates zum dringlichen Postulat betreffend «Vorwärts mit der Zürichsee-Uferwegplanung» gehen. Die Kommission für Planung und Bau (KPB) beantragt dem Kantonsrat mit 10 zu 5 Stimmen, den Ergänzungsbericht zur Kenntnis zu nehmen und das Postulat direkt abzuschreiben ([5652](#)). Gefordert wurde mit dem Postulat ein Überblick über den Stand der Planung des Zürichsee-Uferwegs. Zudem sollte der Bericht einen Zeitplan für die nächsten 15 bis 20 Jahre enthalten. Unzufrieden mit der Antwort des Regierungsrates, verlangten die Postulanten einen Ergänzungsbericht, eine Forderung, die der Kantonsrat am 22. November 2021 unterstützte. Für die Mehrheit der Kommission gibt der vorliegende Ergänzungsbericht die zur rechtlichen Lage geforderten Antworten. Die Minderheit der Kommission (SP und Grüne) möchte das Postulat mit einer abweichenden Stellungnahme abschreiben. Darin hält sie fest, dass der Ergänzungsbericht zur Rechtslage zeige, dass der Kanton die Forderung des Postulats nach einem verbindlichen Zeit- und Vorgehensplan erfüllen könne. Deshalb sei die Projektierung nun an die Hand zu nehmen.

KPB-Präsidentin: Ann Barbara Franzen (FDP, Niederweningen), 079 946 52 15

Minderheit: Thomas Schweizer (Grüne, Hedingen) 079 434 36 23

PI und Vorstösse zu verschiedenen Bauthemen

Sollte der Rat vor Sitzungsende noch dazu kommen, wird er sich mit Vorstössen beschäftigen, welche die Baudirektion betreffen. Zuvor geht es aber noch um eine parlamentarische Initiative (PI) von GLP-Kantonsrätin Stefanie Huber betreffend «Förderung erneuerbarer Energieversorgung in Gemeinden». Die Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU) beantragt dem Kantonsrat mit 9 zu 6 Stimmen, die der PI zugrunde liegende Forderung zu erfüllen ([KR-Nr. 198/2020](#)). Die Mehrheit der Kommission will den Gemeinden, die das wünschen, mit einer Kann-Formulierung die Möglichkeit geben, Fördermittel für erneuerbare Energien mit einer Fondslösung konstant zur Verfügung zu stellen. Das sei für grössere Projekte wie etwa Wärmeverbände, Anergienetze, Speichermöglichkeiten und grosse Solaranlagen zweckmässig. Die KEVU-Minderheit (FDP, SVP) lehnt die parlamentarische Initiative von GLP, SP, Grünen, Mitte, EVP und AL vor allem aus finanztechnischen Überlegungen ab, da sie der Schaffung von kommunalen Fonds grundsätzlich skeptisch gegenübersteht. Dieselbe Minderheit stellt den Antrag, dass kommunale Fonds, falls man sie doch schaffen wolle, zumindest nicht aus allgemeinen Steuermitteln geäuft werden dürfen.

Thomas Schweizer, Kantonsrat der Grünen, fordert mit Unterstützung von SP und GLP die grösseren öffentlichen Parkierungsanlagen, im Eigentum oder betrieben vom Kanton, kostenpflichtig zu bewirtschaften ([KR-Nr. 395/2021](#)). Der Regierungsrat beantragt, das Postulat abzulehnen. Hingegen war die Regierung bereit, ein weiteres Postulat von Thomas Schweizer entgegenzunehmen, mit dem dieser, unterstützt von SP, GLP und EVP, den Regierungsrat einlädt, darauf hinzuwirken, dass der «Standard Nachhaltigkeit Hochbau» nicht nur bei den eigenen Hochbauten gilt, sondern auch bei den Bauten im Baurechtsmodell, die wesentlich vom Kanton beeinflusst sind ([KR-Nr. 423/2021](#)). Weil die SVP Ablehnung beantragt hat, wird der Kantonsrat nach einer Debatte über die Überweisung des Vorstosses entscheiden müssen. Keinen Entscheid wird der Kantonsrat zur Interpellation von FDP-Kantonsrat Jörg Kündig betreffend Befreiung der Gemeinden von Auflagen «Bäuerliches Bodenrecht» fällen ([KR-Nr. 31/2022](#)). Der FDP-Kantonsrat hat in Zusammenhang mit dem Bundesgesetz über das bäuerliche Bodenrecht (BGBB) verschiedene Fragen zur Auslegung und Anwendung im Kanton Zürich gestellt. Mit der Diskussion im Rat über die Antworten der Regierung ist das Geschäft erledigt.

KEVU-Präsident: Andreas Hasler (GLP, Illnau-Effretikon) 079 385 51 84

Minderheit zur PI Huber: Ulrich Pfister (SVP, Egg), 076 547 27 56

Thomas Schweizer (Grüne, Hedingen) 079 434 36 23

Jörg Kündig (FDP, Gossau), 079 412 58 61

*Diese Vorschau bietet einen Überblick über die Traktanden, die voraussichtlich behandelt werden.
Alle weiteren Verhandlungsgegenstände sind auf der [Traktandenliste](#) aufgeführt.*

Allgemeine Auskünfte zur Sitzung des Kantonsrats geben:

Sylvie Matter, Kantonsratspräsidentin, 079 659 54 00

Ronny Nicolussi, Medienbeauftragter, 043 259 20 12